

Veranstaltung „Migrantenselbstorganisationen - 40 Jahre danach“ am 12. Dezember im Mehrgenerationenhaus Wassertor in Berlin-Kreuzberg

Özcan Ayanoğlu (IGI, Ausländerkomitee, HDB, HDF) verwies darauf, dass die Frage der politischen Partizipation, der politischen Möglichkeiten zur Interessensvertretung sich von Anbeginn der Arbeitsmigration gestellt habe. Viele „GastarbeiterInnen“ kamen Mitte der 60er Jahre nicht nur aus der Türkei sondern vor allem auch aus den südeuropäischen Staaten nach Deutschland. Wohlfahrtsverbände hätten sich damals ihrer angenommen und auch als „Vormünder“ agiert. Damals sei es vorrangig um Sicherheit im Rahmen des damaligen Aufenthaltsrechtes einerseits sowie um politische Betätigung im Rahmen der „freiheitlichen Ordnung“ andererseits gegangen. „Sicherheit wegen des Aufenthaltes“ war dann auch in den 80er Jahren noch die wichtigste Frage - man möge sich nur an Heinrich Lummer, Innensenator und Frontmann des konservativen Parteiflügels der CDU mit teilweise gefährlicher Nähe zu rechtsextremen Gruppierungen, erinnern. Trotz hohen Organisationsgrades sei es in den 60er, 70er Jahren aber mangels Konfliktfähigkeit nicht gelungen, diese Organisationsfähigkeit in Handlungsfähigkeit umzusetzen.

Auf der institutionellen Ebene seien als Formen der Interessensvertretung gefordert und zum Teil auch schon eingerichtet worden:

- Beiräte - dieses seien Orte der Empfehlung, aber nicht der Entscheidung
- Kommunales Wahlrecht
- Einbürgerung - diese sei immer eine Forderung der CDU mit dem Ziel der Assimilation gewesen
- Ausländerparlamente - gab es in Westdeutschland, den Delegierten habe aber die politische Legitimation gefehlt

Zwar habe es Angebote, sich einzumischen, gegeben. In „deutschen Parteien“ sei dieses aber schwierig gewesen. Stetig habe eine Minderheit der Mehrheit gegenübergestanden. Selbstorganisation als „pressure group“ habe nicht stattgefunden.

Merih Ünel (IGI, HDB, HDF) erinnerte an die Gründung des HDB in der Oranienstr. 22 im März 1973 und die des HDF im Oktober 1977. Mit der Gründung seien „zwei Melonen unter einem Arm“ verfolgt worden: Zum einen sei es um eine linke Beeinflussung auf die Politik in der Türkei und zum anderen um eine Plattform für einen kleinen Teil der hier lebenden AusländerInnen gegangen. Letztere wollten eine Gleichstellung in Deutschland. Merih Ünel erinnerte an den SPD-Parteitag im Dezember 1980, in der zuallererst Forderungen im Sinne der MigrantInnen diskutiert wurden und an die u.a. von Günter Grass initiierte Wählerinitiative, die im Dezember 1981 nach langen Diskussionen im Haus der Kulturen der Welt vorgestellt worden sei.

Historisch hätten sich die Vereine anfänglich nach den jeweiligen Herkunftsstädten gegründet, dann aus gewerkschaftlichen, politischen, zum Teil auch ethnisch-politischen oder religiösen Gründen gebildet. Es habe seine Zeit gedauert, bis Migrantenselbstorganisationen verschiedener Herkunftsnationen und/oder Ethnien sich zusammengeschlossen haben, um bei der Durchsetzung gleicher Ziele hier für Deutschland - und gleichzeitig unterschiedlicher Ziele im Hinblick auf die jeweilige „Heimat“, zusammenzuarbeiten. Ausländerbeiräte der 60er, 70er Jahre wären eigentlich mehr auf „Heimatpolitik“ orientiert gewesen. Noch in den 80er Jahren seien die türkischen MigrantInnen ein Spiegelbild der damaligen Türkei gewesen.

Dieses sei heute anders: Aktuell gehe es vielmehr um die Gradwanderung für das Leben hier in Deutschland, in Berlin. Die zukunftsorientierte Herausforderung heute laute: Was können MigrantInnen gemeinsam tun, um das Defizit der wirksamen Interessensvertretung auf rechtlicher Ebene zu bekämpfen?

Niyazi Turgay (ODAK, TiyaTrom) vertrat die These, dass die Einschränkungen heute größer seien als früher. Heute wolle man den Minderheiten ihre „Ur-Kultur“ - ihre Sprache - wegnehmen. Es sei verwunderlich, dass in deutschen Schulen im Ausland Kinder nach kürzester Zeit einem deutschsprachigem Unterricht folgen könnten, Kinder in einer deutschsprachigen Umgebung dieses in den hiesigen Schulen aber nicht vermögen. Welche „Bildung“ gelte dort? Welche hier? Es sei kein Wunder, dass in einigen ethnischen Gruppen die Zahl der Einbürgerungen wieder zurückgehe bzw. eine „Auswanderung“ zu beobachten sei.

In der anschließenden Diskussion wurde auf mehrere Aspekte verwiesen:

- Auch MigrantInnen hätten häufig eine „Lebenslüge“ gehabt, da sie lange davon ausgegangen seien, dass sie zurückkehren. Stattdessen habe aber für viele eine Familienzusammenführung, eine Familienbildung hier in Deutschland stattgefunden.
- Auch die Gewerkschaften seien nicht von Anfang an Partnerinnen gewesen. Diese hätten erst 1990 eine Beschlusslage herbeigeführt, nach der Deutschland ein Einwanderungsland sei. Und in der SPD habe es nur wenige Mitglieder mit Migrationshintergrund gegeben.
- In Berlin seien Menschen verschiedener Ethnien erstmalig über das Ausländerkomitee in punkto Interessensvertretung vereint gewesen.
- Der Anschlag 1972 auf das Olympische Dorf in München habe auch die Gründung von Vereinen von Frauen, die mit Ausländern verheiratet waren, zur Folge gehabt.
- Im heutigen Migrationsbeirat sind 74 Organisationen vertreten; die Türkische Gemeinde, der HDB, gehöre nicht dazu.
- Was in Berlin erreicht worden sei, könne im Integrationsbericht 2007 nachgelesen werden.

Kein Widerspruch erhob sich bei der Feststellung, dass 90 Prozent der damaligen Forderungen auch heute noch aktuell sind. Zwar hätten die Parteien inzwischen gelernt. Aber nichts desto trotz:

Wenn die Politik in ihrer jetzigen Starrheit verharre, dann würde es eine neue Welle von Organisationsformen geben, die ohne Staatshilfen die Interessensvertretung mit dem Ziel der vollen politischen Teilhabe noch einmal beginnen würde. Unverständlich sei die Nichtumsetzung der Forderung nach einer doppelten Staatsbürgerschaft.